

# Schwarze Pädagogik

## Jobcenter sanktionieren wieder härter

Susan Bonath

---

Menschen, die im Abfall nach Pfandflaschen wühlen, Obdachlose, die in Parks kampieren und bettelnde Jugendliche: In jeder größeren bundesdeutschen Stadt gehören diese Opfer sozialer Missstände zum Straßenbild. Nicht selten bringt sie das rigide Hartz-IV-Sanktionsregime erst in solche physischen und psychischen Bredouillen. Das belegte Anfang dieses Jahres selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages mit einer Auswertung mehrerer Studien. Doch ändern will die zuständige Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) daran nichts. Statt umzudenken, strafen die meisten Jobcenter zuletzt wieder härter.

Wie die jüngste Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausweist, verhängten die Hartz-IV-Behörden allein in diesem April 85.418 neue Sanktionen gegen Leistungsbezieher, denen sie vorwarfen, amtliche Auflagen nicht hinreichend erfüllt zu haben. Springers *Bild* bezeichnete die Betroffenen am Dienstag wie gewohnt abfällig als »Hartzler«. Insgesamt waren im April 138.300 Menschen betroffen, rund 7.000 mehr als im Vorjahresmonat. Im Schnitt strichen die Jobcenter ihnen drei Monate lang je 109 Euro der Grundsicherung. Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren mussten sogar mit 130 Euro weniger auskommen; auch Mietzuschüsse wurden regelmäßig gekappt. 7.317 Menschen waren trotz Bedürftigkeit auf null gesetzt worden, die Hälfte von ihnen war unter 25 Jahre alt.

Besonders rabiat schlugen die Jobcenter in der Hauptstadt der Obdachlosen zu. Lag die bundesweite monatliche Sanktionsquote zuletzt bei 3,1 Prozent, kletterte sie in Berlin auf fünf Prozent. Von den Erwerbslosen, die nur etwa 1,7 von 4,3 Millionen »erwerbsfähigen« Hartz-IV-Beziehern ausmachten, waren dort sogar 6,3 Prozent betroffen. Insgesamt musste im Jahreszeitraum davor ein Zehntel zeitweise mit gekürzten oder gestrichenen Bezügen leben.

Über die Folgen vom Wohnungsverlust bis hin zum Hunger führt die BA keine Statistik. Zu sehen sind sie allemal. Immer mehr Initiativen, Verbände, Gewerkschaften und Wissenschaftler warnen vor ihrer Verschärfung. Dieses Jahr wollen auch die Karlsruher Verfassungsrichter darüber entscheiden: Darf man das Existenzminimum kürzen, um Wohlverhalten zu erzwingen? Erzwungen werden soll mit dieser Art »schwarzer Pädagogik«, dass sich Erwerbslose zu jedem Preis auf dem Arbeitsmarkt anbieten. Nahles' Ministerium spricht von einer »gewünschten verhaltenssteuernden Wirkung«.

Das freut die Unternehmer im Niedriglohnsektor. In ihren Kassen klingeln die Gewinne. Aus gutem Grund spielt das Sanktionsregime mit der Menschenwürde und der Gesundheit Betroffener: Die deutsche Wirtschaft muss brummen. Welchen Preis erwerbstätige und erwerbslose Lohnabhängige dafür bezahlen müssen, interessiert die Politik seit zwölf Jahren nicht. Es herrscht Klassenkampf von oben.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/316436.schwarze-pädagogik.html>